

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. wöchentlich 10 Pf. Alle Vorkosten, Post- und Druckkosten sind im Preis inbegriffen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In den Bezugsstellen sind die Preise für den Einzelverkauf angegeben. Die Abrechnung erfolgt nach dem Ende des Monats. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Normzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile bei amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. in 4 Spalten, die 3-spaltige Reklamazeile im fertigen Text 3 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Werbetage nach 4 in 3 zu berechnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 202 — 91. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Vollst.-Dresden 2640 Montag, den 29. August 1932

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Papen entwickelt sein Programm.

Reichskanzler von Papen hat nunmehr am Sonntag in Wilsdruff auf der Tagung der Weisheitlichen Bauernvereine die mit größter Spannung im In- und Ausland erwartete Rede gehalten, in der er in der Hauptsache das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung entwickelte. Zunächst betonte der Reichskanzler, daß die Aufgaben seiner Regierung sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeiten beschränken, sondern daß man den Grund legen wolle für

einen Neubau des Preussischen Staates

Grundlage dafür müsse sein eine konservative, christliche Gesinnung, die anerkenne, daß die Menschen dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung seien. Die Pflege christlicher Erziehung müsse am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen, denn aus ihr entwickelten sich das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität gegründet sei und die stark und unabhängig sein müsse, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen könne. Der Kanzler wies dann darauf hin, wie

die Urteile von Ohlau und Weuthen

einen Sturm von rechts und links gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts hervorgerufen habe, wie man die Objektivität der Reichsregierung als einen Schimpf hingestellt habe. Es sei die Pflicht der Staatsgewalt, solcher Verwilderung des politischen Kampfes entgegenzutreten. Zur Führung der Nation könne nur zugelassen werden, wer sich freiwillig in ihre Gehege einordne. Die Zügellosigkeit, die aus dem

Ausruf Hitlers

spreche, passe schlecht zu seinen Ansprüchen auf die Staatsführung. Der Kanzler sagte dann wörtlich weiter: Ich sehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Forderungen folgt, als die Deutschen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdwort zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Autoritätsstaatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben. Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur

positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches

frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußt schroffen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Haber deutschen Blutes, der uns in entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer

gemeinsamen nationalen Sammlung?

Wenn man die Stimmen hört, meine Freunde, die anlässlich der Urteile in Ohlau und Weuthen sich erhoben, müßte man es fast glauben.

Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der künftigen Freiheit nicht vor. Die preussische Staatsregierung wird sie, unbeirrt von politischen Anwürfen, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich, die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen. Ich bin fest entschlossen, die schwebende Waage des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die eigentliche Aufgabe der Reichsregierung beruht.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Reichskanzler von Papen ging dann zur Behandlung der praktischen Tagesfragen über, wobei er u. a. ausführte: Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Vorn ist, aus dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Kräften helfen. Aber die Erfahrungen langer Jahre haben uns gezeigt, daß einseitige Hilfe wenig nützt. Die Landwirtschaft läßt sich nicht allein von der Fülle her beleben. Ihre Fragen sind nicht zu lösen nur und ausschließlich von der Seite der Einnahmen oder der Ausgaben. Ihr Schicksal ist vielmehr mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden, und nur von einer Belebung unserer gesamten Wirtschaft

her kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen. Als Gesamtkörper hebt sich die deutsche Wirtschaft von der Weltwirtschaft ab. Die Reichsregierung hat es schon so oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes

die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf diese Weltwirtschaftsbeziehungen verzichten kann und weil es jede Arbeitsgelegenheit ausnützen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden, und sie beruhen eben nur auf der Herstellung der Rentabilität. Die Interessen unserer Ausfuhr und unseres Binnenmarktes werden gewiß nur mit gewissen Schwierigkeiten in Übereinstimmung zu bringen sein. Ich kann aber versichern, daß die Reichsregierung sich grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekennt und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat.

Private Initiative.

In Deutschland ist die Krise, welche die ganze Welt erschütterte, als Folge seiner Kriegsverluste und der ungeheuren Reparationen viel früher ausgebrochen. Hier hat sie viel schwerer gebauft als in einem anderen Lande der Welt, weil neben der Kapitalzerstörung durch die Inflation die plötzliche Entziehung von Milliarden von Reichskapital Produktion und Konsumtion von Grund auf neu erschüttert hat. Es ist selbstverständlich, daß wir jedes Mittel ergreifen müssen, das uns dazu verhilft, diese ungeheure Not zu überwinden. Diese Not, die bei uns aus der Schrumpfung der Wirtschaft, aus der bisher unaufhaltsam fortschreitenden Deflation, d. h. dem Abwärtstrend der Preise, hervorgegangen ist, findet ihren fürchterlichen Ausdruck in der Arbeitslosigkeit. Wenn diese Deflation nicht beendet werden kann, so sind weitere Verluste des Privatunternehmens und der öffentlichen Wirtschaft nicht anzuhalten. Wir müssen deshalb den Versuch machen und ihn sofort machen,

das Steuer grundfänglich heranzuwenden.

Wenn wir jetzt den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundsätzen tun:

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen auch keine Umwertung der deutschen Mark. Wir wollen keine angelegelten Experimente machen. Die Stärkung der persönlichen Energien und die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit, die Steigerung des Gefühls der eigenen Verantwortung, das sind die geistigen Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft imstande sein wird, imstande sein muß, die menschlichen Bedürfnisse, besser, vielleicht billiger als jedes andere Wirtschaftssystem, das uns empfohlen wird, zu befriedigen. Aus dieser Überzeugung heraus lehnt die Reichsregierung insoweit alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. (Bravo!) Der privaten Initiative gilt es wieder Vertrauen zur Zukunft einzufößen.

Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht etwa durch die Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt wird.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Die Reichsregierung läßt selbstverständlich die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht aus den Augen. Solche Notstandsmaßnahmen sind schon im Gange, z. B. auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Wasserwirtschaft, der Meliorationen, der Hausreparaturen. Insgesamt sind für diese Zwecke bisher 135 Millionen bereitgestellt. Die Reichsregierung hat beschlossen, auch andere Arbeitsgebiete mit Notstandsarbeiten zu versorgen. Der freiwillige Arbeitsdienst, dem bald etwa 200 000 Jugendliche angehören, wächst von selbst, ein Beweis für die werbende Kraft, die ihm innewohnt. Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Siedlung, der Dorfadaption, der Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Hier ist besonders daran gedacht, den Bau von Eigenheimen mit den noch vorhandenen Kreditmöglichkeiten zu fördern. Dennoch sind wir uns vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenverminderung zu erreichen. Die Regierung ist daher entschlossen, in großem Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur

Neueinstellung von Arbeitskräften

und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu ge-

langen. In dem gegenwärtigen sehr fortgeschrittenen und voraussichtlich nicht allzu weit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Korrektur in einem tatsächlichen Aufschwunge der Wirtschaft zu finden. Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Notstandsmaßnahmen aufgetan, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Verfallnis nachzubolen. Das ist dann gleichzeitig der erste Schritt der neuen Belebung. Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich, und es werden gerade

die mittleren und die kleineren Betriebe,

deren ureigenste Domäne die Ausführung berartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen. Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

Den Gedanken, diesen Betrag etwa in einer Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über längere Zeit verteilt werde, nicht aufbringen können. Anstatt dessen beschließen wir, folgenden Weg zu beschreiten: Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie beispielsweise der Umsatzsteuer, der Realsteuer, der Grundsteuer usw., der Gewerbesteuer, übrigens ohne jede Beeinträchtigung der Staats der Länder und der Gemeinden, und der Beförderungsteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden,

Steuerrechnungsscheine

gegeben werden, aus denen in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa anderthalb Milliarden handeln. Diese Scheine werden mit einem Kupon versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Bürgers an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Vereinnahmung und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Arbeiten für den ausgedehnten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte und das ist ja das Maßgebende, in den Arbeitsprozess einzufügen. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steuerrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mark in Scheinen gegeben werden.

Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1 1/2 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. Der Reichskanzler betonte weiter, daß der Arbeitgeber ermächtigt werden soll, den Tariflohn in einem gewissen Umfange zu unterschreiten, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt. Doch will die Reichsregierung das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechterhalten.

Für besonders wichtig hält der Kanzler

die Erhaltung der Produktionsstätten.

Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Lage erhalten werden können, sollen insofern der Starrheit staatlicher Bindungen nicht zum Erliegen kommen. Er wird auf dem Verordnungswege Abhilfe schaffen. Der Kanzler lehnte es ab, sich über das Zinsproblem zu äußern, kündigte aber eine

allgemeine Diskontentung

an. Die Nothilfe mit den Steuerrechnungsscheinen ist für zwölf Monate vorgesehen. Diese zwölf Monate sollen dem organischen Um- und Neubau des Staats- und Wirtschaftslebens dienen.

Große Verwaltungsreform in Preußen.

Kurz auf Preußen eingehend, kündigte Papen dann an, daß die ersten Maßnahmen der Zusammenlegung der Landkreise und Amtsgerichte noch eine große organisatorische Verwaltungsreform zur Folge haben würden. Diese Reform werde eine entscheidende Voraussetzung sein für eine Reichsreform. Die Doppelarbeit von